

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der wöchentl. Anzeigensbeilage 12 Mk., Post, Porto, Druck- und Verlagskosten eingeschlossen monatlich 20 Pf. Die Post bezogen überzählet. Nr. 275, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2. — Größtenteils wöchentl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, I. Telefon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Berechnungen 20 Pf. Insetate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 294.

Dresden, Montag den 20. Dezember 1909.

20. Jahrg.

Alkohol und Proletariat.

Anknüpfend an einen Artikel der Neuen Zeit ging in letzten Tagen durch die Presse ein Meinungsaustrausch für wider den auf dem Leipziger Parteitag beschlossenen Schnapsbott. Geboren war der Beschluß aus der Entung gegen die Fiskussteuer und aus der Kampfbegeisterung das mit Schnapsliebhabern staatlich gefütterte Junker-Begeisterung aber lasse sich nicht einpäkeln wie Siering- sagte der Neue-Zeit-Artikel, und darum sei die Wirkung Schnapsbott von vornherein bezeugt. In dieser Aufung stimmt die Rechnung, doch um dem Leipziger Beschluß Kraft zu geben, bleibt uns nicht nur die Ausmüßung der enblidlichen politischen Situation, sondern vor allem der weis auf die allgemeinen Kulturinteressen der Arbeiter- l. Daß der Antialkoholismus in der Arbeiterschaft er- licherweise immer breiteren Boden gewinnt, hat sehr reale nde.

Spingender als für andere Massen mußte die Anti- holfrage gerade fürs Proletariat zur Tagesfrage werden. reiche Mann mag Pusle um Pusle den Hals brechen, seine omische Existenz wird vom Alkohol nicht unterspült. Auch mittelmäßig situierten Bürger trinkt ein alkoholisches Ju- o ohne weiteres nicht. Wer „seine“ Angestellten hinter Badentafel oder „seine“ Gesellen in der Werkstatt und po tätig weiß, der kann sich täglich sein Alkoholquantum n, ohne dabei unbedingt wirtschaftlichen Schaden erleiden üßen. Anders für den, dessen Arbeitskraft sein einziges tal bedeutet und der im Kampfe ums Dasein nichts als rbeitskraft einzuweisen hat. Und das gilt an un- eschränktesten vom Proletariat. Ueberlange Fron, durch lünglichen Lohn bedingte unzulängliche Ernährung, Ent- ungen in wirtschaftlich lauen Zeiten erschüttern die Wider- kraft seines Körpers, für den damit auch ein kleines ntum Alkohol nicht allein Herabminderung, sondern ge- u schrittweise Herabminderung der Arbeitskraft bedeutet. Der olk wirkt lähmend auf Muskeln und Nerven schon mit en Quanten und verurteilt mit größeren Quanten an oft immer ungenügend genährten Arbeiterkörper häufig Erkrankung innerer Organe; er zerstört die für die Ver- un wichtigsten Bestandteile der Magenschleimhaut, ruft nische Magenentzündung, Magenkatarrh, Magenverweir- g, Adrenergik, Nieren- und Herzverletzung (bei reich- m Biergenuß) hervor und bewirkt mit diesen Organ- anlungen die Störung der notwendigsten Lebensfunktionen: onama, Blutzirkulation, Atmung, Ausscheidung. Ab- hen auch von der bei reichlichem Alkoholgenuß nachfolgenden hr der Erkrankung wichtiger Nerven- und Gehirnpfortien l der Alkohol den Körper trotz scheinbarer Anfernung in gheit, Schlafheit, Müdigkeit, verlangsamte den Denk- ach, macht den Kopf dumpf, die Gedanken stumpf und bricht r Kraft des freien Willens.

So mußte denn die Arbeiterbewegung, die sich die Kul- elle Sehung der Arbeiterklasse als Gegenwartsziel gesteckt t, zum geborenen Feind des volkreißigenden, volks- ummenden Alkohols werden. Sie muß ihn aus der Ar- erschaft zu verdrängen suchen, um die Köpfe klar und fähig machen zum Kampfe um bessere Zustände, und mit der W- gung aller, saurer Zustände wiederum verschwinden die rumbursachen des Alkoholismus, der ja nicht das Uebel aller ebel ist, wie ihn die bürgerliche Temperenzlei etwa affast sondern eine Folge sozialer Uebel. Die körperliche nd geistige Abtötung durch die Maschine, die Arbeit in schlecht ntilferten, mit üblen Gasen angefüllten Räumen, der Mangel n guten, alkoholfreien Getränken in den Arbeitsstätten, Ueber- eitung und mangelhafte Ernährung, die im Arbeiter die rdnungslose Luft erweckt, den Körper mit Alkoholmengen ndartig aufzureißen, die geistige Oede indifferenten, Klein- igerlich denkender Massen: das etwa ist das Bündel sozialer rächen, die den Alkoholismus zur Wasserverschmutzung und glichen Gewohnheit machen. Es ist ein altes Lied, das ewig uen bleibt: Erweckt die Indifferenten, lekt die Arbeitszeit erab, erhöht die Löhne, bringt auf Hygiene des Arbeits- raumes, Arbeitsprozesses und auf gute, alkoholfreie Getränke n den Betriebsstätten, vor allem macht den Arbeiter zum Kulturgenuß nicht nur fähig, sondern verwickelt an Stelle der heutigen Genußbarbarei jene Genußmöglichkeiten, die uns n freierunden rauhartig über das nüchternen Alltagsleben emporzuheben vermögen — und ihr werdet damit dem Alkohol die r und l age entzogen und von der Sozialdemokratie länst aufgestellte Forderungen befreit haben.

Mit alledem soll nicht gesagt sein, daß nicht mindestens heute schon eine Beschränkung des Alkoholkonsums auf ein Minimum durch unermüßliche Auffklärung über die Schäden des Alkohols möglich wäre. Im Gegenteil! Wir halten diese antialkoholische Propaganda nicht einmal für die neben- sächlichste Aufgabe unserer Organisationen und Presse, schon deshalb, weil die Gefahren des Alkoholgiftes mit der Entwic- lung der kapitalistischen Produktionsweise wirklich nicht ge- ringer geworden sind. Als Hinweis auf die Verpflichtungen und Möglichkeiten, die für unsere Parteigenossen wie für unsere Arbeiterinstitutionen zur Bekämpfung der Alkohol- gefahr bestehen, möchten wir in Erinnerung rufen, was der 5. Parteitag im Schluß der Alkoholresolution forderte:

... Die Arbeiterorganisationen werden aufgefordert, jeden

Prozess zum Genuß alkoholischer Getränke bei ihren Zusammen- künften zu befähigen, bei Bildungsveranstaltungen, Arbeitssch- weifen und Ausgängen von Streikunterstützung jeden Trint- zwang zu vermeiden, für Auffklärung durch Wort und Schrift über die Alkoholgefahr, insbesondere für Kinder und jugendliche, und über die zum Alkoholmißbrauch ver- leitenden Tendenzen zu sorgen. Kinder müssen vom Alkoholgenuß unbedingt ferngehalten werden.

Dieser allein wirksamen Kampf gegen die Alkoholgefahr führen die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Massenbewußten Arbeiterschaft, indem sie deren wirt- schaftliche Lage verbessern, und sie lehren, statt im Alkoholmißbrauch Genuß und Vergessenheit zu suchen, im Kampfe gegen den Kapitalismus zur Befreiung von Verelendung und Unterdrückung Genuß, Erholung und Freude zu finden.

Der letzte Parteitag ist, wie gesagt, weiter gegangen, um gelegentlich des neuen Steuerabzuges zu protestieren gegen den Extraprofit von jährlich 50 Millionen Mark, die aus Kosten der Branntweintrinker in junkerliche Großgrundbesitzertaschen fließen. ... Um dieser verbroderischen Volksausbeutung zu begegnen und zugleich dem durch den Branntweingenuß ge- förderten körperlichen und moralischen Elend weiter Volks- schichten entgegenzuwirken, richtet der Parteitag an alle Parteigenossen und Arbeiter die Aufforderung, den Brannt- weingenuß zu vermeiden.

Wir wissen, daß dieser Beschluß die uns Fernstehenden und mit ihrer natürlichen Fiskusfunktion in Verdracht kom- menden Schichten nicht so ohne weiteres mitreißt wird, wie es in der Absicht des beschließenden Parteitag lag. Es kommt eben darauf an, die durch die neuen Steuern geschaffene Er- regung der breiten Massen zum allgemeinen Kampfe gegen den Alkohol auszunutzen, wie ja schon die russischen Arbeiter mit dem Schnapsbott während der russischen Revolution und jüngst die schwedischen Arbeiter mit der Abstimmung während des Generalstreiks den Deutschen Arbeitern geschichtliche Vorbilder aufgestellt haben. Und zu welchen Resultaten eine durch die politische Situation begünstigte antialkoholische Propaganda auch bei uns führen kann, bewies eine jüngst von der Dres- lauer Volkswacht veröffentlichte Affäre, die sich fast zu einem Magelied Dresdener Wirt über den vom Leipziger Beschluß und der Agitation der Genossen verursachten Rückgang des Schnapskonsums auswuchs.

Wenn in ähnlicher Weise der Schnapsbott überall wirkt, dann wird zum mindesten gute Arbeit im Sinne des

Effener Beschlusses geleistet werden. Denn wird die Arbeiter- schaft immermehr zu besseren Getränken und zu edleren Vergnügungen übergehen. Mag also der Vorkottbeschluß aus der überquellenden Bevölkerung einer bestimmten Situation geboren sein oder nicht — Fusel ist Gift (nicht nur weil der Unker daran verdient) und wird immer Gift bleiben, für den Arbeiter mehr denn für den Angehörigen anderer Massen. Schon darum muß es unser Bemühen sein, die Anti- schnapsresolution zur Parole eines lebendigen Kampfes wider Sprit und Fusel werden zu lassen.

Preußische Wahlrechtsfrage.

Der Berliner Sozial-Anzeiger meldet: „Das preussische Staatsministerium hielt am Sonnabend abend eine Sitzung ab. Unter anderem in der Abendstunde wurde die Wahlrechtsfrage vom Staatsministerium behandel- t. Die Entscheidung wurde nicht getroffen, sondern nur die Einbringung einer Vorlage zur Reform des Wahlrechts an den Landtag mit Sicherheit zu erwarten ist.“

Nach am Freitag verkehrte die Deutsche Tageszeitung, daß die Vorbereitungen zur Wahlreform noch nicht abgeschlossen wären und daß die Thronrede bestimmte Änderungen über die geplante Gestaltung des neuen Wahlrechts nicht enthalten werde. Dazu steht die Meinung des Sozialanzeigers in schroffem Wider- spruch. Entweder ist also eines der beiden Blätter falsch unter- richtet, oder es muß in der Sitzung des Ministeriums vom 18. Dezember ein völliger Umschwung der Absichten stattge- treten sein.

Vielleicht sagt man sich in den preussischen Regierungsk- reisen, daß eine Wahlrechtsvorlage unvermeidlich ist und daß man besser fortkommt, wenn man das bringt, als wenn man sich mit Verschleppungsakten noch lange zu helfen sucht. Daß eine Vorlage der exzentrischen preussischen Regierung keine wirkliche Wahlreform bringen wird, sondern nur eine Schein- reform, ist für uns von vornherein klar. Die Volks- bewegung muß einsehen, um die Reaktion zu verjagen.

Die allgemeine preussische Wahlstatistik wird nach der täglichen Rundschau Mitte dieser Woche veröffentlicht werden. Weitere Mitteilungen der Regierung in der Frage der Wahl- reform sollen bis zur Eröffnung des preussischen Landtags nicht zu erwarten sein.

Medienburgische Reichstagskacht. Die liberalen Abgeordneten Graf Bohmer, Lind und Parniche haben im Reichstag den früheren Initiativantrag wieder eingebracht, der Medienburg gegen seine widerwärtige Ritterchaft schützen soll. Es soll dieses Initiativ dem Reichstagspräsidenten vorgelegt werden.

In jedem Bundesstaat muß eine aus Wahlen der Bevölkerung hervorragende Vertretung bestehen, deren Zustimmung zu jedem Landesgesetz und zur Festhaltung des Staatshaushalts erforderlich ist. Der Antrag, der außer der Reihe zur Verhandlung kommen dürfte und bestimmt im Reichstag eine Mehrheit finden wird, ist in dieser Form eine schlimme Falschheit, weil nicht auch gesagt wird, wie diese Wahlen beschaffen sein sollen. Soweit hat offenbar der liberale Bogemut nicht erreicht, daß man Wahlen auf Grund des Reichstagswahlrechtes zu verlangen sich getraut hätte.

„Bassermann als Großblockführer.“

Wir haben seit einiger Zeit wiederholt darauf hingewiesen, daß in den Berliner Regierungskreisen lebhafter Angst herrscht, die Nationalliberalen könnten, im Verdrach über die letzten Wendungen der deutschen Politik, sich der Sozial- demokratie angeschlossen und mit ihrer Hilfe die nächsten Reichstagswahlen zu machen beabsichtigen. Es zeigte sich in den Kreislagen des Nationalen Reichstagsblattes, daß auch an dieser Stelle solche Besorgnisse gehegt werden. Und jetzt voll- endet die Zentrum- Germania diesen Chor der reaktionären Besorgnisse.

Die Germania schreibt einen längeren Artikel über Bassermann als Großblockführer. Vor 2 Jahren noch habe Bassermann das rheinisch-westfälische Industriegebiet zwischen Zentrum und Nationalliberalen anstellen wollen. Jetzt schwebt ihm das Ziel vor, dem Zentrum Mandate abzugeben und sie der Sozialdemokratie zuzuführen, die dann Gegenbänke leisten solle. Die Rede Bassermanns durchzieht der Gedanke: Die Sozialdemokratie sei nicht mehr so schlimm, wie sie früher war. Dagegen würden Konser- vative und Zentrum als das größte Uebel des Reichs bezeichnet. Man beginne mit dieser Agitation für den Großblock schon jetzt, um manche Schwierigkeit, die bei einer plötzlichen Schwächung auftaucht, beseitigen zu können. Die Germania gibt sich aber den Anschein, auch in die Zukunftspäne der Nationalliberalen völlig eingeweiht zu sein; sie fährt aus:

Der Haupttrumpf wird erst später ausgespielt; Bassermann aber hat sich im Reichstags doch etwas stark in die Karten legen lassen, als er die Wiedererbringung der Erbsteuer ankündigte; das wird 1911 vor den Neuwahlen geschehen. Das Friedensdank- gesang läuft in diesem Jahre ab; jede neue Vorlage bringt Mehrausgaben. Die Renten- und Rentenversicherung und die Pensionsversicherung der Privatbeamten kosten auch viel Geld; da hofft man nun im liberalen Lager die Sozialdemokratie für Annahme der Reichsbeitragssteuer gewinnen zu können unter der Voraussetzung, daß die dadurch gewonnenen Mittel zur Durchführung der genannten sozialen Zwecke dienen sollen. Die Genossen sollen sich dann verpflichten, in allen drei Belangen für die Beitrittssteuer zu stimmen; ergibt sich keine Mehrheit, so soll unter dieser Parole der Wahlkampf vor sich gehen, und der Großblock wäre dann ganz von selbst da.

Schließlich erklärt das Berliner Zentrumblatt: Aufgabe der Zentrumswähler ist es, einen Strich durch diese Rechnung zu machen!

Jedenfalls zeigen diese Kreislagen der Zentrumspresse, wie groß auch in ihren Parteikreisen die Befürchtungen vor der Sache der Wähler sind. Es ist natürlich höchstes Geschick, Herrn Bassermann als den allmächtigen Mann hinzustellen, der die Drähte heute so, morgen so ziehen kann. Wenn die National- liberalen eine gewisse Schwächung in ihrer Politik vollziehen sollten, so täten sie es nur unter dem zwingenden Druck der Verhältnisse, wie sie sich durch die Ueberreaktionspolitik der Konser- vativen und des Zentrums bei den Reichstagswahlen gestaltet haben. Sie täten es nur, weil bei einem Zusammengehen mit Konserwativen und Zentrum ihre eigenen liberalen Wähler sie in hellen Scharen verlassen würden!

Wir Sozialdemokraten wissen aber recht gut, daß die Bassermannschen Gestalten sich durch winzige Regierungsgewalt wieder einlassen lassen würden. Wir haben den parteistatistischen Auseinandersetzungen zwischen Konserwativ-Liberalen und National- liberalen außerlich gelassen gegenüber. Wir betreiben unsere sozialdemokratische Politik und warten alles weitere in lässiger Ruhe ab.

Das Ende der Obstruktion.

Von unserem Korrespondenten. Wien, 19. Dezember. — Die Kleinbar wüßte Obstruktion, die dem Hause die Tag und Nacht während der Sitzung, den „Arbeitsparteiern“ einen Widerstand der Verzweiflung aufnötigte, verwannte sich vor den Augen der erstaunten Zuhörer mit einem Male in das klug an- gelegte Vorpiel eines glänzenden verblüffenden Coups. Und der Reich hat kein Ziel nicht verfehlt. Die Obstruktion hat die einhalbstündigen Dauerfristung wurde eine der größten und ein- schneidendsten Veränderungen in der österreichischen Politik vollzogen, wurden alle jene Bestimmungen der Reichsordnung beseitigt, die seit 1867 Jahren als Mittel der Obstruktion gedient, seit 1867 Jahren der Tätigkeit des Hauses ein unüberwindliches Gemüß geboten hatten. Es ist eine Wandlung wie im Baubereich. Pöblich am Donnerstag abend tritt in das wüste von der Schwärze der Tag und Nacht fortwährenden Sitzung umlagerte, von erregten, abge-